

## Diskussion mit Markus Grabitz

EU Unser Europa-Korrespondent ist am 7. Mai zu Gast bei „STZ im Gespräch“ in Stuttgart.

Vierhundert Millionen Europäer sind aufgerufen, zwischen dem 23. und dem 26. Mai dieses Jahres ein neues EU-Parlament zu wählen. Diese Wahl gilt als besonders wichtig, da in vielen europäischen Ländern – auch in Deutschland – die nationalistischen und EU-kritischen Kräfte erstarbt sind.

Für die Bundesrepublik geht es zudem um die Frage, ob zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein Deutscher an die Spitze der EU-Kommission rückt: der CSU-Politiker Manfred Weber ist Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) und hat bei einem Wahlsieg beste Chancen, den Luxemburger Jean-Claude Juncker auf dem Chefposten in Brüssel abzulösen.



### STZ im Gespräch

Knapp drei Wochen vor der Wahl kommt Markus Grabitz zum „STZ im Gespräch“ nach Stuttgart. Die Diskussion mit unserem EU-Korrespondenten findet am Dienstag, 7. Mai 2019, ab 19.00 Uhr im Stuttgarter Haus der Wirtschaft statt. Unsere Leser sind dazu herzlich eingeladen.

Natürlich wird darüber zu reden sein, wir sehr die nervenzehrende Auseinandersetzung um den Brexit diesen Europawahlkampf beeinflusst. Aber es gibt viele andere wichtige Fragen: Mit welchen Europa-Vorstellungen treten die Parteien an – und welches Europa wollen die Bürger? Wie werden die Mehrheitsverhältnisse im neuen EU-Parlament voraussichtlich aussehen?



Markus Grabitz berichtet seit 2016 aus Brüssel und Straßburg.

über die drei Institutionen der Europäischen Union, also Parlament, Kommission und Rat, sowie über die Nato.

Neben den langen Linien der EU-Politik wie Brexit und Migrationspolitik geht es ihm vor allem um Themen, die unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Bürger im Südwesten haben: etwa die Gesetzgebung zur Luftreinhaltung, CO<sub>2</sub>-Obergrenzen für Neuwagen oder die Reform des Online-Kaufrechts. *pö*

### SO KOMMEN SIE AN KARTEN

**Diskussion** Die Veranstaltung mit Markus Grabitz findet am Dienstag, 7. Mai 2019, ab 19.00 Uhr im Haus der Wirtschaft (Willi-Bleicher-Straße 19, 70174 Stuttgart) statt.

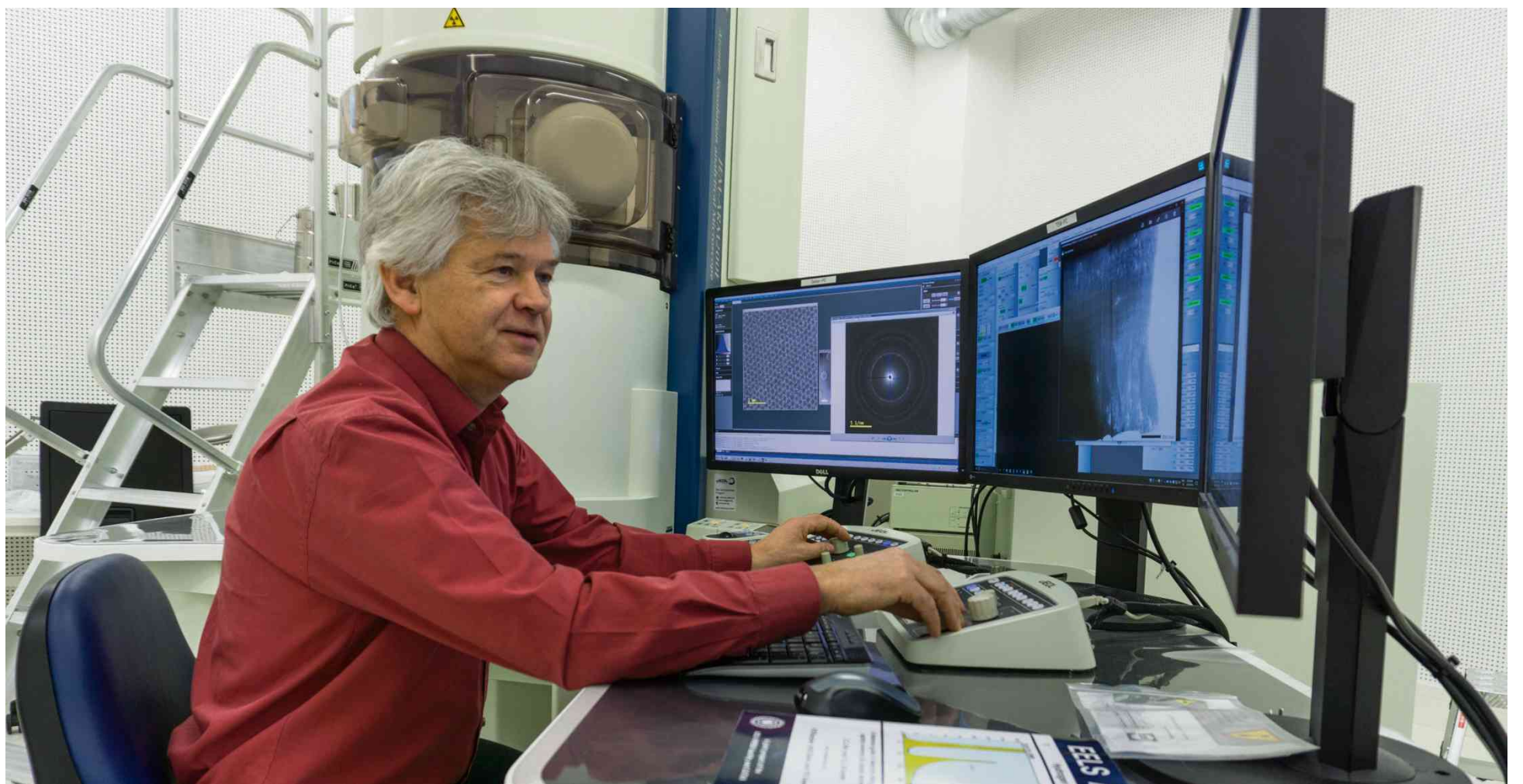
**Anmeldung** Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, eine Anmeldung aber notwendig. Sie ist möglich über die Internetadresse: [www.stuttgarter-zeitung.de/gespraech](http://www.stuttgarter-zeitung.de/gespraech)

**Karten** Nach einer erfolgreichen Anmeldung über das Internet wird die Eintrittskarte als E-Mail zugesandt. Ein Ausdruck dieser Anmeldebestätigung muss zur Veranstaltung mitgebracht werden. *StZ*

### Finnland

## Schwierige Regierungsbildung

Nach den Parlamentswahlen vom Sonntag steht Finnland vor einer schwierigen Regierungsbildung. Die Sozialdemokratische Partei kam auf 17,7 Prozent der Stimmen, direkt gefolgt von den populistischen Finnen mit 17,5 Prozent. Die Nationale Koalitionspartei erhielt 17 Prozent. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Udo Bullmann, hat den Wahlausgang begrüßt. Nach einer teils rechtspopulistischen Regierungsarbeit könne nun „an der guten finnischen Tradition einer pragmatischen, entschieden europafreundlichen Politik“ angeknüpft werden. SPD-Chefin Andrea Nahles twitterte, „das ist ein wichtiges Signal für mehr Zusammenhalt in ganz Europa.“ *dpa*



Claus Burkhardt bei der Untersuchung von Materialstrukturen mithilfe eines Elektronenmikroskops

Foto: Rainer Pörtner

## Wenn man Atome sehen kann

**Serie** In Reutlingen erforscht Claus Burkhardt die Oberflächen von Materialien – und die EU hilft dabei. Von Rainer Pörtner

Die Europäische Union ist nicht nur eine abstrakte, ferne Bürokratie in Brüssel. Sie ist für viele Bürger in den Mitgliedstaaten ganz unmittelbar zu spüren – zum Beispiel für den Physiker Claus Burkhardt in Reutlingen.

In der Welt des Claus J. Burkhardt ist Größe ein entscheidender Faktor. Oder besser: der 61-jährige Wissenschaftler will wissen, wie es im ganz, ganz Kleinen zugeht. Er versucht, die Struktur von Materialien bis auf den Nanometer genau zu bestimmen – das sind 0,000001 Millimeter.

„Ein Nanometer verhält sich zu einem Meter wie eine Haselnuss zur gesamten Erde“, sagt Burkhardt. „Ohne hochspezialisierte Mikroskope lassen sich Strukturen in dieser Größenordnung nicht bestimmen.“

Deshalb sitzt Burkhardt an diesem kühlen, sonnigen Morgen wie so oft ein Stockwerk unter der Erde. In dem fensterlosen, von kaltem Neonlicht erhellten weißen Raum hat Burkhardt drei Computerbildschirme vor sich.

Darauf kann er das Metallpräparat sehen, das in dem zimmerhohen Mikroskop links neben ihm zur Untersuchung eingespannt ist. Der Wissenschaftler arbeitet am Stadtrand von Reutlingen mit einem Rastertransmissionselektronenmikroskop – einem Gerät, von dem wohl nur der abge-

kürzte englische Name „STEM“ für Normalsterbliche halbwegs eingängig ist.

Das Auflösungsvermögen eines solchen „STEM“-Mikroskops liegt sogar bei 0,1 Nanometern. „Damit sind wir in der Größenordnung von Atomen, die wir als Punkte erkennen können“, schwärmt der Physiker Burkhardt, Gruppenleiter am Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Institut an der Universität Tübingen (NMI) in Reutlingen. „Das ist schon wirklich beeindruckend.“

Mit zwei der weltbesten Elektronenmikroskope gehört die Region Tübingen-Reutlingen heute zu den europäischen Spitzenstandorten der Nanoanalytik. Mussten Wissenschaftler der Universitäten und Materialforscher aus den Industrieunternehmen der Umgebung bisher ihre Proben in Aachen oder Zürich untersuchen lassen, steht ihnen die hochauflösende Technik jetzt vor Ort zur Verfügung – und das auch, weil die Europäische Union ordentlich Geld zuschießt.

Insgesamt 8,7 Millionen Euro fließen aus Töpfen des Landes Baden-Württemberg und des Europäischen Regionalfonds in zwei Reutlinger Projekte, die sich im „Regio Win“-Wettbewerb durchgesetzt haben: neben Burkhardts Nanoanalytik ein Forschungscampus für Wissenschaftler und Firmen in den Bereichen Medizintechnik und Biotechnologie. Das Einwerben von Geld und das Ausfüllen von Förderan-

### GELD AUS DEM REGIONALFONDS

**Zusammenhalt** Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union fördern und die regionalen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen verringern. Im letzten Jahrzehnt ist die Aufgabe hinzuge-

kommen, zu Wachstum und Beschäftigung in der gesamten EU beizutragen.

**Regionen** Für die Umsetzung dieser Förderung sind die Regionen zuständig, in Deutschland die Länder. Das EFRE-Programm der Jahre 2014 bis 2020 für Baden-Württemberg steht unter dem Leitthema

„Innovation und Energiewende“. Es unterstützt gezielt die Themen „Forschung und Innovation“ sowie „Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen“.

**Etat** Baden-Württemberg stehen in der Förderperiode 2014-2020 EFRE-Mittel in Höhe von rund 246,6 Millionen Euro zur Verfügung. *StZ*

tragen ist für Wissenschaftler ein üblicher Bestandteil ihrer Arbeit. „Wir schauen ständig: Wo können wir Geld bekommen? Mit wem können wir kooperieren?“, sagt Claus Burkhardt.

Für ihre zwei STEM-Mikroskope zapften die Reutlinger und Tübinger allerdings nicht die klassischen Budgets des Staates oder der Industrie für Technologie- und Forschungsförderung an, sondern den Fonds für regionale Entwicklung in der EU.

Deshalb bedurfte es neben einer wissenschaftlichen Begründung für den Förderantrag, zu der Burkhardt mit Kollegen die fachlichen Beiträge lieferte, auch der Unterstützung durch Politik und Wirtschaft der Region. „Mehr als zwanzig Unternehmen“, so Burkhardt, „haben damals ihr Interesse an den Projekten bekundet. Inzwischen bieten wir schon einigen dieser Firmen Analysen mit den neuen Mikroskopen an.“

Auf die Europäische Union schaut der Wissenschaftler mit gemischten Gefühlen. Er schätzt die EU als Garantin von Reisefreiheit und Frieden, bemängelt aber „zu viel Formalismus und zu viel Bürokratie“. Gleichzeitig erkennt Burkhardt an, wie sehr er und seine Kollegen gerade unmit-

telbar von der Europäischen Union profitieren: „Ohne das EU-Geld hätten wir diese tollen Mikroskope nicht. Und das ist sinnvolle Forschungsförderung.“

### FAHRPLAN DER EU-SERIE

Die Europäische Union scheint weit weg in Brüssel – und wirkt doch unmittelbar auf das Leben vieler Bürger. Sechs von ihnen schildern, wie die EU ihr Leben verändert.

- Der Wissenschaftler** Wenn man Atome sehen kann **16. April**
- Der Landwirt** Ein Bauer verliert den Glauben an Europa **17. April**
- Die Verkäuferin** Als Französin hinter einer deutschen Ladentheke **18. April**
- Der Umzieher** Von Deutschland nach Frankreich: das (fast) grenzenlose Europa **23. April**
- Der Vogelbeobachter** Die Tierwelt tickt europäisch **25. April**
- Die Managerin** Mit Spitzenfrauen an die europäische Spitze **26. April**

## Nigeria vermisst noch 112 Schülerinnen

**Afrika** Vor fünf Jahren hat die Terrorsekte Boko Haram 219 Mädchen entführt – deren Eltern sind verzweifelt. Von Johannes Dieterich

Der Anlass war dem nigerianischen Staatschef nur ein paar Zeilen auf Twitter wert. „Als ich Präsident wurde, habe ich versprochen, dass alle Mädchen wieder mit ihren Familien vereinigt werden“, postete Muhammadu Buhari am Wochenende: „Und das Versprechen werde ich halten.“ Wie eine Gebetsmühle wiederholt der 76-jährige Politiker seit Jahren sein Gelübde: Damit hatte er bereits 2015 seinen Wahlkampf gewonnen. Dennoch fehlt auch fünf Jahre nach der Entführung von 219 Schulfrauen aus dem nordostnigerianischen Städtchen Chibok von der Hälfte der christlichen Abiturientinnen jede Spur: Wieviele von ihnen noch leben oder mit Kämpfern der militanten muslimischen Sekte Boko Haram zwangsverheiratet wurden, ist unbekannt.

Eher im Stillen wurde nun fünfte Jahrestag ihrer Entführung begangen. Die Angehörigen der gekidnappten Mädchen fühlen sich mit ihrem Schmerz allein gelassen. „Es sieht so aus, als ob sie sich mit dem Zustand arrangiert haben“, klagt Enock Mark, der seine zwei Töchter seit jenem unglückseligen 14. April 2014 nicht mehr gesehen hat, gegenüber dem Fernsehsender Al-Jazeera: „Die Regierung kümmert sich über-

haupt nicht um uns.“ Gelegentlich tritt der Vater die über 900 Kilometer lange Reise in die Hauptstadt Abuja an, um Neuigkeiten über den Verbleib seiner Töchter herauszufinden. Seine Fahrten blieben erfolglos.

34 Mütter oder Väter sind seit der Entführung ihrer Mädchen gestorben: mit gebrochenen Herzen, heißt es in Chibok. 2018 habe sich mal ein Beamter aus dem Frauenministerium blicken lassen, erzählt der Vorsitzende der Chiboker Elternvereinigung Yakubu Nkeki: Er habe den betroffenen Familien Essenspakete und umgerechnet jeweils zwölf US-Dollar überreicht. Neuigkeiten oder ein Angebot zur psychologischen Beratung habe es nicht gegeben. „Dabei sind die meisten von uns traumatisiert“, sagt Nkeki. Der Vorsitzende scheut inzwischen davor zurück, überhaupt noch Treffen der Elterngruppe zu organisieren: Die entnervten Mitglieder gerieten oft in Streit, „gelegentlich werden sie sogar tötlich“. Viele von ihnen haben inzwischen ihre unsichere Heimat verlassen, andere suchten bei Wunderpropheten Zuflucht. Eine Gruppe von El-

tern machte sich jüngst auf den Weg nach Lagos, um ihr Heil beim Fernsehprediger T.B. Joshua zu suchen. Der sorgte wiederholt für wenig schmeichelhafte Schlagzeilen. Bei der Suche nach den Mädchen konnte auch er nicht helfen. Bislang haben insgesamt 107 Abiturientinnen ihre Freiheit wieder erlangt. Einigen gelang die Flucht, andere wurden von Soldaten befreit, die meisten kamen bei einem Deal der Regierung mit den Extremisten frei. Im Mai 2017 ließ die Sekte im Austausch für mehrere Kämpfer 87 Mädchen frei.

Wo sich die restlichen Entführten befinden, weiß keiner. Anfang 2018 versandte Boko Haram ein Video, auf dem 14 der jungen Frauen teilweise mit Kindern zu sehen sind: Sie seien glücklich verheiratet und wollten nicht nach Hause, hieß es im Kommentar. Um viele der Freigelassenen hat sich inzwischen die „Amerikanische Universität“ in der Provinzhauptstadt Yola angenommen: Sie können in der vom Oppositionspolitiker Atiku Abubakar finanzierten Hochschule umsonst studieren. 20 von ihnen wurden sogar in die USA eingeladen, um dort ihre Ausbildung fortsetzen zu können. Zurück bleiben die Vermissten und ihre Eltern. Enock Mark sagt: „Wir werden an ihre Rückkehr glauben, bis wir gestorben sind.“

**„Die Regierung in Abuja kümmert sich überhaupt nicht um uns Eltern.“**

Marck Enock, Vater von zwei entführten Mädchen

### Spionageaffäre

## Abgeordnete dürfen nicht zu Assange

Ecuadors Präsident Lenín Moreno hat Wikileaks-Gründer Julian Assange vorgeworfen, in der Londoner Botschaft des Landes ein „Zentrum der Spionage“ betrieben zu haben. „Mit der Erlaubnis der Behörden der Vorgängerregierung (in Ecuador) wurden Einrichtungen in der Botschaft zur Verfügung gestellt, um in Prozesse anderer Staaten einzugreifen“, sagte Moreno der britischen Zeitung „The Guardian“.

Deutsche und spanische Abgeordnete versuchten unterdessen am Montag vergeblich, Assange im Gefängnis zu besuchen. Heike Hänsel und Sevim Dagdelen (beide Die Linke) und die spanische Grünen-Europa-Abgeordnete Ana Miranda waren nach London gereist. Das Verhalten der Regierung Ecuadors gegenüber Assange nannten sie einen „eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht“. Sie sprachen von einer „Schmutz- und Verleumdungskampagne“ gegen den 47-Jährigen.

Der gebürtige Australier war am Donnerstag von der britischen Polizei in der Botschaft festgenommen worden, nachdem Ecuador das politische Asyl aufgehoben hatte. Assange war 2012 in die Vertretung geflüchtet. Damals lag gegen ihn ein Haftbefehl wegen Vergewaltigungsvorwürfen in Schweden vor. In Großbritannien mehrten sich die Stimmen, dass Assange sich in Schweden verantworten müsse. *dpa*